

HINWEISE

miese-jobs.de Nachrichtenüberblick 16/2017

12. SEP 2017 | MARKUS KRÜSEMANN

arbeit, Minijobs, Befristungen oder Niedriglöhne: Miese Jobs gibt es viel zu viele. Wir veröffentlichen in der Regel alle 14 Tage einen Überblick über Nachrichten und Berichte zu unsicheren und schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen. Das Topthema dieser Ausgabe: Arbeitsmarktpolitik.

Die nächste Ausgabe dieses Nachrichtenüberblicks erscheint am Dienstag, dem 26.09.2017.

1] TOPTHEMA: ARBEITSMARKTPOLITIK

In den letzten Wochen vor einer Bundestagswahl hebt meist eine sonst wenig gepflegte inhaltliche Auseinandersetzung um Strategien und Ziele in verschiedenen Politikfeldern an. Der diesmal auffällig maue Wahlkampf lässt eine öffentlichkeitswirksame Richtungsdebatte (nicht nur) um arbeitsmarktpolitische Fragen jedoch vermissen. Selbst die TV-Simulation "Kanzlerduell" hatte weitgehend einen Bogen um damit verknüpfte Themen gemacht. Dabei ist der Bedarf an wirksamen Programmen gegen Langzeitarbeitslosigkeit, Erwerbsarmut und prekäre Beschäftigung riesig, man muss nur die Augen aufmachen und sich nicht von den Jobwunderstrohfeuern blenden lassen, die interessierte Seiten gerne entfachen.

Beispiel Langzeitarbeitslosigkeit: Seit Jahren verharrt sie auf nahezu unverändert hohem Niveau. Doch statt wirksame Ansätze zu entwickeln und zum Beispiel mehr Fördermittel für sinnvolle Maßnahmen in die Hand zu nehmen, hat die Politik unverändert auf die Hartz IV-Strategie 'Druck' gesetzt. Hinzu kommt: Wer Arbeitssuchende in jeden möglichen und unmöglichen Job pressen will, bekommt Erwerbsarmut frei Haus dazu. Kein Wunder, dass auch die Zahl der prekären Jobs trotz guter Konjunktur nicht zurückgeht, übrigens längst ein europaweites Phänomen. Bei der Arbeitsmarktpolitik liegt Vieles im Argen. Zur Problemlösung bedarf es eines umfassenden Reformansatzes der Re-Regulierung, zu dem auch eine andere Verteilung der Arbeit gehört. Die Schaffung eines sozialen Arbeitsmarktes ist dabei nur ein Mosaikstein... Doch lesen Sie selbst.

Die Deregulierung der Arbeitsmärkte drängt Millionen Europäer in Armut

Die wachsende Zahl der Arbeitnehmer in unsicheren, befristeten Arbeitsverhältnissen sowie gering entlohnten Teilzeitjobs ist Folge einer fehlgeschlagenen Deregulierung der europäischen Arbeitsmärkte und schadet der Wirtschaft. Zu diesem Ergebnis kommt eine Recherche des Journalistenteams Investigate Europe.

Die Not mit den miesen Jobs hat viele Gesichter: Mal sind es Werkverträge ohne Kranken- und Sozialversicherung, mal sind es Teilzeitjobs, die nicht zum Leben reichen. Mal müssen sich die Betroffenen von einem befristeten Vertrag zum nächsten hangeln, oder sie müssen als Scheinselbstständige und Leiharbeiter ihr Dasein fristen.

Quelle: Tagesspiegel online vom 10.09.2017

Mehr Flexibilität wollen alle

Die einen versprechen Vollbeschäftigung, die anderen wollen Hartz IV abschaffen: Bei der Arbeitsmarktpolitik gibt es zwischen den Parteien durchaus Unterschiede.

Der deutsche Arbeitsmarkt boomt, die Arbeitslosenzahlen gehen seit Jahren zurück. Doch (...) hat rund jeder fünfte Beschäftigte hierzulande keinen regulären Job. (...) Und nach wie vor gelingt es offenbar nicht, die immer noch knapp 900.000 Langzeitarbeitslosen mit der Strategie "Fordern und Fördern" wieder in Arbeit zu bringen. (...) Auf all diese Probleme suchen Union, SPD, Linke, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und AfD in ihren Wahlprogrammen nach Antworten.

Quelle: Zeit online vom 09.09.2017

To-do für die nächste Bundesregierung: Bessere Perspektiven für Job-Starter

„Die nächste Bundesregierung hat heute einen klaren Arbeitsauftrag bekommen: Sie muss jungen Menschen mehr Sicherheit im Beruf und damit eine bessere Perspektive geben. Denn Job-Starter stehen auf ‚wackeligem Boden‘.

Die befristete Beschäftigung sei eines der drängendsten Probleme, das die neue Bundesregierung in der Arbeitsmarktpolitik unbedingt anpacken müsse. Voraussetzung hierfür sei allerdings, dass das Arbeits- und Sozialressort der neuen Bundesregierung dafür „genug arbeits- und sozialpolitische Beinfreiheit bekommt“.

Quelle: Lokalkompass.de vom 06.09.2017

"Mehr in die Arbeitslosen investieren"

Infolge der Hartz-Gesetze habe man vor allem Druck auf Arbeitslose gemacht, sagte der Arbeitsmarktforscher Gerhard Bosch im Df. (...) "Jetzt sind wir an einem Punkt – und das wird sich weiter verschärfen –, wo man nicht mehr mit dem Druck auf die Arbeitslosen allein weiterkommt, weil wir zunehmend gering qualifizierte oder schlecht qualifizierte Leute, die häufig auch noch jahrelang arbeitslos waren, unter den Arbeitslosen finden."

"Und von daher muss die Arbeitsmarktpolitik sich ändern, nicht mehr Druck auf die Arbeitslosen muss im Vordergrund stehen (...). Wir brauchen eine investive Arbeitsmarktpolitik, also wo wir mehr in die Arbeitslosen investieren in den nächsten Jahren, in ihre Qualifikationen."

Quelle: Deutschlandfunk.de vom 02.09.2017

"Kinder sind Opfer der Arbeitsmarktpolitik"

Das Armutsrisiko von Kindern ist weiter gestiegen, wie Zahlen des Statistischen Bundesamtes belegen. In erster Linie dafür verantwortlich sei der Niedriglohnsektor, so Anne Lenze, Professorin für soziale Sicherung, im Interview mit dem 3sat-Wirtschaftsmagazin makro.

Hier wird jede familienpolitische Leistung sofort auf die Regelsätze von Hartz IV angerechnet. Kinder sind damit die Opfer einer Arbeitsmarktpolitik, die durch ein niedriges Grundsicherungsniveau Arbeitslose anhält, auch schlecht entlohnte Tätigkeiten aufzunehmen.

Quelle: heute.de vom 01.09.2017

Arbeitslosigkeit steigt nur leicht

Trotz der geringsten Arbeitslosigkeit in einem August seit der Wiedervereinigung streiten sich die Parteien gut drei Wochen vor der Bundestagswahl über die Arbeitsmarktpolitik. Die Grünen warfen Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) angesichts von fast einer Million Langzeitarbeitslosen eine ernüchternde Bilanz vor.

Die Linkspartei forderte mehr Geld für Erwerbslose. Nahles indes nannte die Zahlen einen Grund zur Freude, da fast 800.000 Menschen mehr eine Beschäftigung als vor einem Jahr hätten.

Quelle: RP online vom 01.09.2017

"Die Arbeit wird uns nicht ausgehen"

Der Arbeitsmarkt-Experte Alexander Spermann (...): Wir müssen uns jetzt mehr mit den Schattenseiten beschäftigen, insbesondere mit der Langzeitarbeitslosigkeit. (...) Das liegt auch daran, dass in diesen Bereich zu wenig investiert wird.

Präventive Arbeitsmarktpolitik ist auch zu kurz gekommen. Menschen, die Kompetenzen haben, die am Arbeitsmarkt nicht mehr gefragt sind, sollten unterstützt werden. Deshalb muss man intensiv diskutieren über eine Lotsenfunktion der Bundesagentur für Arbeit an dieser Stelle.

Quelle: Deutschlandfunk.de vom 31.08.2017

DGB NRW: Wir halten am sozialen Arbeitsmarkt fest

"Zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit brauchen wir deutlich mehr Anstrengungen der Landes- und der Bundesregierung", fordert Andreas Meyer-Lauber, Vorsitzender des DGB NRW. (...) Besonders für ältere Langzeitarbeitslose müsse dringend ein sozialer Arbeitsmarkt eingerichtet werden.

Bei der bisherigen öffentlich geförderten Beschäftigung endeten die Arbeitsverhältnisse regelmäßig nach maximal zwei Jahren. "Die Erfahrung zeigt, dass wesentlich mehr Menschen den Sprung in den ersten Arbeitsmarkt schaffen würden, wenn sie mehr Zeit zur Verfügung hätten."

Quelle: NRW.DGB.de vom 31.08.2017

Statistische Tricks auf Kosten der Langzeitarbeitslosen?

Jeder dritte Arbeitslose zählt inzwischen zu den Langzeitarbeitslosen. Doch die angebotenen Fördermaßnahmen seien oft "völlig schwachsinnig", sagt der Arbeitsmarktexperte Stefan Sell. Sie dienten allein dazu, "statistische Entlastungseffekte" zu erzielen.

Für den Wirtschaftswissenschaftler Stefan Sell ist die Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit das Kernproblem der Arbeitsmarktpolitik. Das liege vor allem daran, dass man sich zu wenig um diese Menschen kümmere, sagte Stefan Sell im Deutschlandfunk Kultur: "Man hat von 2011 bis vor kurzem die zur Verfügung stehenden Fördermittel für diese Menschen halbiert, also um mehrere Milliarden heruntergefahren."

Quelle: Deutschlandfunkkultur.de vom 30.08.2017

So bleibt die Vollbeschäftigung eine Illusion

Die Partei von Kanzlerin Merkel bietet ihr Programm auch in einfacher Sprache an. Da wird der dürftige Inhalt bei der Arbeitsmarktpolitik noch deutlich.

So sollen die Lohnnebenkosten nicht zu hoch sein, darf Umweltschutz Firmen nicht vertreiben, soll Bildung gefördert werden und sollen Firmen beim Mindestlohn nicht so viele Formulare ausfüllen müssen.

Quelle: Neue Zürcher Zeitung online vom 29.08.2017

Linke fordert Überstundenbremse

Manche schieben ständig Überstunden, andere hätten gern überhaupt Arbeit: Mit einer Neuverteilung der Arbeitszeit will die Linke den Arbeitsmarkt reformieren.

Demnach will die Partei Überstunden begrenzen und die Arbeitszeit neu verteilen. Die Arbeitszeit müsse dabei um 30 Stunden pro Woche kreisen. Beschäftigte, auch Minijobber, sollten einen Rechtsanspruch von 22 Stunden pro Woche erhalten. Als Obergrenze solle eine gesetzliche Wochenhöchst Arbeitszeit von 40 Stunden gelten.

Quelle: Zeit online vom 28.08.2016

=>LESETIPP:

Anlässlich der Bundestagswahl abschließend noch ein Lesetipp:

Stefan Sell: Arbeitsmarktpolitik in den Wahlprogrammen der Parteien. Eine Bestandsaufnahme vor der Bundestagswahl 2017 .

In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 67. Jg., Nr. 26/2017, S. 18-24.

2] WEITERE BERICHTE

Weber: "Der Mindestlohn ist schädlich"

Der Arbeitgeber-Verbandschef Klaus-Dieter Weber im Volksstimme-Gespräch vor der Bundestagswahl. (...) "Ich finde, die Unternehmer zahlen gute Löhne. Ohnehin gibt es für die These, dass tarifgebundene Unternehmen besser zahlen, keine seriöse Statistik."

"Gerade Firmen in Sachsen-Anhalt erwirtschaften noch nicht die Erträge, wie Unternehmen aus dem Westen. Den Mindestlohn betrachte ich dabei als schädlichen Faktor, weil dadurch die Renditen und Margen in den Unternehmen geringer werden."

Quelle: Volksstimme.de vom 11.09.2017

Wanka (CDU) beklagt zu viele befristete Verträge in der Wissenschaft

Bundesbildungsministerin Wanka hat an die wissenschaftlichen Einrichtungen in Deutschland appelliert, Mitarbeiter längerfristig einzustellen. Sie erwarte (...), dass mit jungen Wissenschaftlern faire Verträge abgeschlossen würden, sagte die CDU-Politikerin

Wanka beklagt schon länger, dass es zu viele Befristungen gebe und viele davon zu kurz seien. (...) Ein pauschales Verbot lehnt die Ministerin aber weiterhin ab. Ohne Befristungen komme das Wissenschaftssystem zum Stillstand, betonte sie.

Quelle: Deutschlandfunk.de vom 10.09.2017

Weniger Leiharbeiter auf deutschen Werften

Im deutschen Schiffbau hat sich die Beschäftigung in den vergangenen Jahren stabilisiert und Leiharbeit sowie befristete Einstellungen haben abgenommen. Das ist das Ergebnis der jährlichen Betriebsrätebefragung im Auftrag der IG Metall Küste.

Der Anteil der Leiharbeiter auf den Werften sei von einstmalig 16,3 auf 12,0 Prozent zurückgegangen. 94 Prozent der ausgelernten Lehrlinge würden übernommen; nur 13 Prozent aller neu eingestellten Mitarbeiter erhielten zunächst einen befristeten Vertrag.

Quelle: Hamburger Abendblatt online vom 09.09.2017

„Immer mehr Altersarmut“

Angesichts der steigenden Zahl von Teilzeitjobs und prekären Beschäftigungsverhältnissen hat der Deutsche Gewerkschaftsbund DGB vor Altersarmut in großem Ausmaß gewarnt. Vor allem Frauen seien betroffen, sagte am Donnerstag Hamburgs DGB-Vorsitzende Katja Karger, bei der Präsentation des Rentenreports für die Hansestadt.

Allein in Hamburg arbeiteten schon jetzt 70 bis 75 Prozent der Frauen in Teilzeit oder hätten Minijobs. Entsprechend niedrig seien dann die Renten.

Quelle: Welt online vom 08.09.2017

Neun von zehn Fahrern verdienen schlecht

In Deutschland gilt der Mindestlohn. Ein Garant für ein gerechtes Einkommen ist er allerdings nicht. Viele Branchen haben mit schlechter Bezahlung zu kämpfen. Ganz vorn mit dabei: Das Taxi-Geschäft (...). Neun von zehn Taxifahrern arbeiten für niedrige Löhne.

Von den mehr als 39.000 Vollzeitbeschäftigten der Branche verdienen zuletzt 87,7 Prozent weniger als die Niedriglohnschwelle von 2056 Euro brutto im Monat. Das zeigen Daten der Bundesagentur für Arbeit. Die Hälfte der Fahrer verdiente 1503 Euro brutto oder weniger.

Quelle: n-tv.de vom 07.09.2017

Deutsche schulden den Krankenkassen mehr als sieben Milliarden Euro

Der größte Teil des Schuldenbergs entfällt auf die Selbstständigen. (...) Weil man früher davon ausgegangen ist, dass Selbstständige in der Regel gut verdienende Unternehmer mit Angestellten sind, wurde ein Mindestbeitrag festgelegt.

Ein Mindestbetrag machte Sinn, als Selbstständige in der Regel Firmen mit Angestellten betrieben. Doch inzwischen wird die Szene von Solo-Selbstständigen ohne Angestellte mit eher niedrigen Einkommen dominiert.

Quelle: Berliner Zeitung online vom 07.09.2017

Union will umstrittene Minijobs „mitwachsen“ lassen

Minijobs sind in Deutschland ebenso verbreitet wie umstritten. Im Juni 2017 übten nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit bundesweit gut 7,47 Millionen Menschen eine geringfügige Beschäftigung aus (...), die

Stundenentgelte sind zumeist niedrig.

Nun soll der Minijob wachsen. Die Union hat angekündigt, in der kommenden Legislaturperiode die Verdienstgrenze künftig an die allgemeine Lohnentwicklung koppeln und somit jährlich anheben zu wollen. „Wir realisieren den mitwachsenden Minijob“, heißt es im Wahlprogramm.

Quelle: Berliner Zeitung online vom 07.09.2017

Gefangen in der Teilzeitfalle

Der Anteil der Frauen im Erwerbsalter zwischen 15 und 65 Jahren, die einer beruflichen Tätigkeit nachgehen, ist nach Angaben des Statistischen Bundesamts von 47 Prozent im Jahr 1960 auf mittlerweile fast 75 Prozent gestiegen.

Ein Viertel mehr Frauen im Job, aber nur ein Vierzehntel mehr Arbeit: das macht klar, wie hoch der Anteil der Teilzeit- und Minijobs ist. Mittlerweile arbeiten 58 Prozent der berufstätigen Frauen in Deutschland in Teilzeit. Einen solch hohen Anteil erreicht kein anderes Land in Europa.

Quelle: Berliner Zeitung online vom 06.09.2017

Das Befristungsunwesen weitet sich aus

Noch im vorletzten Jahr sah es so aus, als könnte der Befristungswahn seinen Zenit überschritten haben. Die Zahlen für das Jahr 2016 dagegen zeigen kein verändertes Einstellungsverhalten bei den Unternehmen. Ob mit oder ohne Sachgrund, Jobs auf Zeit sind wieder auf dem Vormarsch. Vor allem junge Beschäftigte bringt das in eine schwierige Lage.

Für die jüngeren Beschäftigten ist die Situation deswegen besonders problematisch, weil sie sich in der Berufseinstiegs- und Familiengründungsphase befinden, in der Planungsunsicherheiten und Existenzsorgen gravierende Auswirkungen auf das Privatleben haben.

Quelle: miese-Jobs.de vom 06.09.2017

Jeder Zweite wird nur befristet eingestellt

Der Anteil befristeter Jobs bei sozialversicherungspflichtigen Neueinstellungen ist 2016 im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Betroffen sind nicht mehr nur Jüngere, sondern zunehmend auch Ältere.

Besonders deutlich stieg er bei Beschäftigten zwischen 30 und 39 Jahren: Wurden 2015 noch 38 Prozent von ihnen befristet eingestellt, waren es 2016 bereits 49 Prozent. Auch bei den über 50-Jährigen erhöhte sich der Anteil der befristeten Neueinstellungen.

Quelle: RP online vom 06.09.2017

Aufstocker, Minijobber, Niedriglöhner - arm dran im reichen Deutschland

In allen Regionen in Sachsen - außer in den Großstädten - arbeiten mindestens 40 Prozent der Beschäftigten im Niedriglohnsektor. In den Grenzgebieten geht sogar die Hälfte der Menschen für einen Monatslohn von nur knapp 2.000 Euro brutto arbeiten.

In Thüringen zeigt sich die Lage im Kyffhäuserkreis, in Sachsen-Anhalt im Landkreis Stendal ähnlich brisant. Auch

hier arbeitet die Hälfte aller Beschäftigten nur für einen niedrigen Lohn. In Leipzig, Chemnitz und Dresden liegt der Anteil der Niedriglöhner bei 30 Prozent.

Quelle: MDR.de vom 05.09.2017

„Fair Crowd Work“ bewertet Plattformen aus Arbeitnehmersicht

Für Crowdfunding-Beschäftigte gehört es zum Alltag von Plattform und Kunden mit „Sternchen“ für ihre Arbeitsqualität bewertet zu werden. Gewerkschaften aus Deutschland, Österreich und Schweden drehen mit faircrowd.work jetzt den Spieß um und bewerten ihrerseits diese Plattformen.

Noch sind nicht alle Plattformprofile vollständig. Um auch mittelfristig eine sinnvolle Orientierungshilfe für potentielle Plattformnutzerinnen und – nutzer liefern zu können, dürfte aber ohnehin eine laufende Aktualisierung erforderlich sein.

Quelle: Netzpolitik.org vom 05.09.2017

Neuer Boom auf dem Jobmarkt

Dank der guten Lage am Arbeitsmarkt sind in Deutschland zuletzt mehr Stellen entstanden. Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten stieg im zweiten Quartal um 2,2 Prozent, die der Vollzeitbeschäftigten um 1,5 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

"Die durchschnittliche Arbeitszeit in Teilzeitjobs liegt heute um fast 100 Stunden pro Jahr höher als noch 2004", sagte Weber. Der Grund: Heute gebe es mehr reguläre Teilzeitstellen, die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten gehe seit Jahren zurück.

Quelle: Spiegel online vom 05.09.2017

Tausende Bamf-Mitarbeiter bangen um ihre Zukunft

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bietet mehr als tausend befristet eingestellten Mitarbeitern keine Weiterbeschäftigung an. Knapp 3700 Mitarbeiter sind derzeit befristet beschäftigt (...). Von 1050 Entscheidern, deren Verträge enden, dürfen 800 bleiben.

Groß ist der Unmut unter den "Befristeten" auch deshalb, weil neue Mitarbeiter eingestellt werden, während sie selbst um ihren Arbeitsplatz bangen. Auch die neuen Stellen sind befristet auf zwei Jahre.

Quelle: Süddeutsche.de vom 04.09.2017

Teilzeit für Frauen ein "Job-Killer"

Frauen werden im öffentlichen Dienst immer noch stark benachteiligt (...). Die Studie weist nach, dass Frauen zwar mehr als die Hälfte der Beschäftigten im öffentlichen Dienst in NRW ausmachen (58,7 Prozent), aber in den höheren Besoldungsgruppen (...) stark unterrepräsentiert sind.

Vor allem in der Gruppe der 31- bis 47-Jährigen werden Frauen bei der Beförderung offenbar benachteiligt. Laut Studie hängt dies vor allem mit der Teilzeitbeschäftigung zusammen. Der Anteil der Ganztagsbeschäftigten sinkt bei Frauen in der genannten Altersgruppe von 90 auf 40 Prozent.

Quelle: Neue Westfälische online vom 04.09.2017

Prekäre Arbeitsverhältnisse in vielen NRW-Schulen

Wie viele Menschen in NRW an Offenen Ganztagschulen unter welchen Bedingungen arbeiten, weiß niemand. Offizielle Zahlen gibt es nicht. Eine WDR-Umfrage unter allen Grundschulen in NRW liefert Anhaltspunkte.

Ergebnis: Ein Großteil arbeitet in Teilzeit, als Honorarkräfte oder als Minijobber - oft nur befristet. (...) Dadurch, dass sich die Honorarkräfte selbst versichern, sparen die Träger die Sozialabgaben. Handelt es sich hier mitunter um Scheinselbständige?

Quelle: WDR.de vom 03.09.2017

Warum weniger arbeiten mehr bringt

In Vollzeit arbeiteten die Deutschen im Jahr 2017 durchschnittlich 41,4 Stunden pro Woche. Teilzeitbeschäftigte eingerechnet, waren es durchschnittlich 35,2 Stunden. (...) Aber ist es nicht trotzdem noch zu viel?

Verkürzte Arbeitszeiten als die Norm – Beraterin Engelsdorfer und Arbeitsforscher Hien wissen, wie gering die Akzeptanz in der Wirtschaft dafür ist. (...) „Wir haben überwiegend Arbeitgeber, die sehr traditionell denken und sich nur sehr schwer für neue Überlegungen öffnen“.

Quelle: Augsburger Allgemeine online vom 03.09.2017

Wissen rund um befristete Arbeitsverträge

Für manche ist es die Chance auf einen Neueinstieg, für andere eine Übergangslösung: Ein befristeter Arbeitsvertrag. 8,4 Prozent der Erwerbstätigen ab 25 waren 2015 in Deutschland nur auf Zeit angestellt – 1991 waren es nur 5,9 Prozent.

Doch während der Arbeitgeber davon profitiert, wenn er kurzfristig etwa einen Engpass überbrücken kann, haben Arbeitnehmer meist keine Vorteile durch die Befristung. „Wer die Wahl hat, sollte einen unbefristeten Vertrag nehmen“, sagt Nathalie Oberthür.

Quelle: Ludwigsburger Kreiszeitung online vom 02.09.2017

»Häufig werden dreißig Überstunden nicht bezahlt«

Gewerkschaft NGG verhandelt über Branchenmindestlöhne für die Fleischwirtschaft. Gespräch mit Thomas Bernhard (...). Was für eine Regelung wollen Sie für die Zukunft?

Die tariflich vereinbarten Mindestlöhne fast aller anderen Branchen liegen bereits über dem gesetzlichen. Das ist auch ihr Sinn und Zweck. Wir erwarten also, dass sich auch der Mindestlohn der Fleischwirtschaft deutlich von der gesetzlichen Untergrenze abhebt. (...) Zumindest ein Teil der Arbeitgeber hat Interesse an einem ordentlichen Tarifvertrag mit uns.

Quelle: junge Welt online vom 02.09.2017

Die Schattenseiten des deutschen Beschäftigungsbooms

Unter Kanzlerin Merkel wurden in Deutschland Millionen Stellen geschaffen. Doch unter der glänzenden Oberfläche gären ungelöste Probleme. Denn unter den Bundesbürgern sind nicht nur Gewinner. (...) Die Arbeitsmarktreformen und moderate Lohnpolitik fordern (...) ihren Tribut.

Deutschland hat heute einen der größten Niedriglohnssektoren weltweit, allein 4,7 Millionen Arbeitnehmer sind ausschließlich geringfügig Beschäftigte, also Minijobber, in vielen Berufen sind die Einkommensmöglichkeiten sogar in der Vollzeit mager.

Quelle: Welt online vom 01.09.2017

Erzwungene Flexibilität

Netzwerk für gute Arbeit in der Wissenschaft fordert Maßnahmen gegen prekäre Beschäftigung an den Hochschulen (...). Die Arbeitsbedingungen in der deutschen Wissenschaft »verschlechtern sich seit Jahren«, konstatierte Fabian Frenzel vom NGAWiss bei der Pressekonferenz.

Befristungen von unter einem Jahr und die Unterbezahlung oder gar Nichtentlohnung von Lehrtätigkeiten seien inzwischen der Regelfall. Nicht wenige junge Beschäftigte seien gezwungen, mit Hartz IV aufzustocken.

Quelle: junge Welt online vom 01.09.2017

Ran an die Firmenerben, Spitzenverdiener und Kapital-Millionäre

Im Deutschland des Sommers 2017 herrschen ganz offensichtlich gravierende soziale Unterschiede. Sie haben sich in den vergangenen 20 Jahren verschärft, durch Globalisierung, neue Technologien und eine Politik zugunsten der Besserverdiener.

Bleibt die Frage, wie es zusammenpasst, dass viele Bürger weniger verdienen, die höchsten Subventionen aber an Firmenerben gehen? Da passt nichts zusammen. Die neue Bundesregierung sollte jene, die viel haben, aber häufig wenig versteuern, stärker heranziehen - ob Firmenerben, Spitzenverdiener oder Kapital-Millionäre.

Quelle: Süddeutsche.de vom 31.08.2017

Mindestlohn ändert kaum die Niedriglohnbeschäftigung

Der Mindestlohn hat nur geringe Auswirkungen auf die Niedriglohnbeschäftigung: Seit 2014 ist sie lediglich um 0,1 Prozentpunkte auf 22,6 Prozent zurückgegangen. Ursachen könnten die Niedriglohnschwelle und die abnehmende Tarifbindung sein.

Der Anteil der Beschäftigten mit einem Stundenlohn unterhalb des Mindestlohns von 8,50 Euro hat sich von 11,9 Prozent im Jahr 2014 auf 9,8 Prozent im Jahr 2015 verringert. Dies entspricht 3,3 Millionen Fällen, in denen der Mindestlohn unterschritten wurde.

Quelle: RP online vom 30.08.2017

Gespaltene Bilanz

Die Einführung von Minijobs war ein zentraler Bestandteil der großen Arbeitsmarktreformen im vergangenen Jahrzehnt. Ihrem großen Erfolg steht eine weniger schöne Kehrseite gegenüber. (...) Insbesondere in den unteren Lohngruppen mussten die Arbeitnehmer in den vergangenen Jahrzehnten sinkende Reallöhne hinnehmen.

Ohne die Minijobs hätten die Arbeitgeber, insbesondere in den Dienstleistungsbranchen, das allgemeine Lohnniveau kaum so stark senken können wie sie es taten.

Quelle: Mannheimer Morgen online vom 30.08.2017

Markus Krüsemann ist Soziologe und Mitarbeiter am Göttinger Institut für Regionalforschung. Unter www.miese-jobs.de betreibt er ein Informationsportal zu atypischen und prekären Beschäftigungsformen.

URL: <https://www.blickpunkt-wiso.de/post/miese-jobsde-nachrichtenueberblick-162017--2102.html>

PDF erstellt am: 17.01.2022